

Deutschlands Wirtschaft von Bürokratie entfesseln und entschlossen voranbringen!

1 Dass Deutschland zu den führenden Wirtschaftsnationen zählt, gehört zu unserem nationalen
2 Selbstverständnis. Mit Stolz blicken wir zurück auf die Zeit des Wirtschaftswunders, in der wir
3 unser Land nach dem Zweiten Weltkrieg aufgebaut haben. Stets konnten wir uns auf unsere
4 Wirtschaftsleistung verlassen, besonders als es darum ging, die Transformationsprozesse der
5 deutschen Wiedervereinigung zu stemmen. Wir sind stolz auf unsere Ingenieurskunst, auf die
6 Verzahnung von praxisnaher Ausbildung und Unternehmen sowie auf eine Forschung, die
7 deutsche Unternehmen zu weltweiten Marktführern gemacht haben. Doch dieses
8 Selbstverständnis ist erschüttert. Die Erfolge der Vergangenheit lassen sich nicht
9 selbstverständlich in die Zukunft überführen. Die deutsche Wirtschaft steckt in einer tiefen Krise.
10 Anstatt Gründerstimmung herrscht eine tiefe Frustration gegenüber der staatlichen
11 Regulierungswut und dem politischen Handeln. Der Weg von der guten Idee zur Vermarktung wird
12 immer steiniger. Das hat viele Gründe, aber einer der wichtigsten ist, dass sich die
13 Rahmenbedingungen zunehmend verschlechtern. Alle großen Volkswirtschaften wachsen, nur die
14 deutsche Wirtschaft schrumpft. Die Ampel-Bundesregierung führt unser Land in eine Sackgasse.
15 Die Krisen auf dem Arbeits- und Energiemarkt hat die Ampel massiv verschärft statt gelöst.
16 Ideologische Projekte wie das Kfz-Verbrennerverbot haben die Wettbewerbsfähigkeit und
17 Leistungskraft unseres Landes geschwächt. Weitere Faktoren sind die hohe Steuerbelastung sowie
18 eine überbordende Bürokratie und der Fachkräftemangel.

19 Die Schere zwischen dem stark gestiegenen Abfluss von deutschem Investitionskapital und
20 ausbleibenden ausländischen Direktinvestitionen klappt immer weiter auseinander und zeigt
21 unmissverständlich auf, dass die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Deutschland erodiert.
22 Deutschland ist nicht mehr attraktiv für wirtschaftliche Investitionen. Deshalb wollen wir die
23 deutsche Wirtschaft wieder zurück auf den Wachstumspfad führen!

24 Unser Kompass ist die Soziale Marktwirtschaft. Sie ist und bleibt die Basis unseres wirtschaftlichen
25 Erfolgs. Mit ihr als Orientierungshilfe müssen wir die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen so
26 verändern, dass Wohlstand erhalten werden kann und Wachstum wieder möglich wird. Wir
27 brauchen eine Zukunftsagenda. Es wird Zeit für eine mutige Wirtschaftspolitik, in deren
28 Mittelpunkt die ordnungspolitischen Grundprinzipien stehen, die wieder Zuversicht vermittelt und
29 verlässliche Rahmenbedingungen schafft. Nur damit kann die deutsche Exportschwäche
30 überwunden und die Krise der Bauwirtschaft beendet werden.

31 **Bürokratieabbau und Planungsbeschleunigung**

32 Die Bundesregierung verantwortet den Aufwuchs einer Bürokratie, die viele kleine und mittlere
33 Unternehmen erdrückt. Unternehmen brauchen Vertrauen statt Überregulierung.
34 Zukunftsgerichtete Investitionen und Innovationen werden dadurch für sie immer schwerer. Der
35 Regulierungs-Dschungel muss gelichtet und die Komplexität der Vorgaben auf ein sinnvolles Maß
36 zurückgeführt werden. Wir bekräftigen: Es braucht unbedingt umfassende strukturelle Reformen
37 im Sinne von „Weniger ist mehr“, da ansonsten das Vertrauen der Unternehmen sowie
38 Bürgerinnen und Bürgern in die Handlungs- und Leistungsfähigkeit unseres Staates zunehmend
39 erodiert. Bis die strukturellen Reformen greifen, ist ein Belastungsmoratorium konsequent von
40 Bund und Ländern umzusetzen, um zusätzlichen Erfüllungsaufwand in der Zwischenzeit zu
41 verhindern. Zudem sollte auch die bereits über Gebühr belastete Landwirtschaft bei den
42 bürokratischen Entlastungen einbezogen werden.

43 Bund und Länder verständigten sich im November 2023 auf einen Pakt für Planungs-,
44 Genehmigungs- und Umsetzungsbeschleunigung. Wir fordern eine ambitionierte und konsequente
45 Umsetzung des Paktes. In diesen herausfordernden Zeiten ist jede staatliche Ebene aufgefordert,
46 das Mögliche im Sinne unseres Wirtschaftsstandortes zu tun.

47 Im Zusammenhang mit dem Lieferkettengesetz ist eine Doppelnormierung zu vermeiden. Das
48 nationale Lieferkettengesetz muss aufgehoben werden. Es ist deshalb richtig, dass die CDU/CSU-
49 Bundestagsfraktion mit dem Lieferkettensorgfaltspflichtenhebungsgesetz ganz aktuell eine
50 entsprechende Initiative vorgelegt hat.

51 Weniger Regulierung, mehr Arbeitsanreize, weniger Belastungen, mehr Freiraum und Zutrauen ins
52 Unternehmertum könnten die notwendigen Wachstumsimpulse setzen.

53 **Steuerliche Investitionsanreize und Kostenentlastung**

54 Mit einer Steuerbelastung von fast 30 Prozent gehört Deutschland weltweit zu den Ländern, die
55 ihre Unternehmen am höchsten besteuern. Solange Deutschland noch mit einer guten
56 Infrastruktur, gut ausgebildeten Arbeitskräften und stabilen Arbeitnehmer-Arbeitgeber-
57 Verhältnissen punkten konnte, ließ sich die Last eines Hochsteuerlandes vielleicht rechtfertigen.
58 Doch diese Zeiten sind vorbei. Es wird dauern, ehe diese Nachteile wieder beseitigt sind. Bis dahin
59 müssen wir andere Hebel nutzen und dazu gehört das Steuerrecht. Zur Verbesserung der
60 internationalen Wettbewerbsfähigkeit brauchen wir daher schnellstmöglich eine Begrenzung der
61 Steuerlast für Unternehmen auf maximal 25 Prozent. Darüber hinaus hat der Bund mit der
62 Abschaffung des Solidaritätszuschlages eine schnell wirksame Option, die Unternehmen in 2024
63 ad hoc um rund 7 Milliarden Euro jährlich zu entlasten.

Seit Jahresbeginn gilt in Deutschland zudem wieder der erhöhte Mehrwertsteuersatz für die Gastronomie, während 23 EU-Staaten einen verminderten Mehrwertsteuersatz für die Gastronomie haben. Nach Corona und Energiepreisschock wurden Kapitalreserven im Fremdenverkehr weitgehend aufgebraucht. Die Gastronomie ist daher gezwungen, die finanziellen Begehrlichkeiten der Ampel-Regierung direkt an die Gäste weiterzuleiten – ein verminderter Mehrwertsteuersatz für die Gastronomie schafft Wettbewerbsgleichheit mit unseren Nachbarländern.

Mit LKW-Maut und CO₂-Aufschlag gab es einen politikgemachten Kostenschub. Das Ergebnis: Logistikunternehmen gehen entweder pleite oder geben die Preise an die Verbraucherinnen und Verbraucher weiter. Die nächste politische verursachte Kostenexplosion auf den Straßen steht unmittelbar bevor. Ab dem 1. Juli 2024 sollen auch Fahrzeuge und Fahrzeugkombinationen mit einer technisch zulässigen Gesamtmasse von mehr als 3,5 Tonnen für die Benutzung von Bundesfernstraßen mautpflichtig werden. Damit die Steuerungswirkung dieser Instrumente insgesamt nicht zu Mehrbelastungen der Speditionsunternehmen und Verbraucher führt, müssen die Mehreinnahmen vollständig für Kompensationszahlungen genutzt werden.

Darüber hinaus lassen sich durch eine Verbesserung der Abschreibungsbedingungen zusätzliche Investitionsanreize setzen.

Im Weiteren sollte der Bund die Begrenzung der Sozialabgaben bei 40 Prozent des Bruttoarbeitslohns wiedereinführen, um den Anstieg der Arbeitskosten in Deutschland langfristig zu begrenzen. Mehr Transparenz und weniger Bürokratie machen nicht nur die Sozialversicherungssysteme effizienter, sondern senken auch die Lohnnebenkosten. Ansonsten wird die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands und unser gesellschaftlicher Wohlstand abnehmen.

Planungssicherheit bei Energieversorgung

Die Industrie benötigt verlässliche Rahmenbedingungen für eine sichere, preisgünstige und nachhaltige Energieversorgung. Zur Verlässlichkeit gehört auch, dass auf einen Überbietungswettbewerb für einen vorgezogenen Kohleausstieg verzichtet wird. Die Energieerzeuger und Netzbetreiber brauchen bis 2038 Zeit, um die Energieversorgung umzustellen. Ein Vorziehen des Kohleausstiegs in den mittel- und ostdeutschen Braunkohlerevieren würde die Energiekosten für Unternehmen und Privathaushalte noch weiter nach oben treiben.

Auch die von der Bundesregierung vorgelegten Eckpunkte zu einer Kraftwerksstrategie stellen keine belastbare Lösung dar. Die vorgesehenen Kapazitäten sind zu gering bemessen. Es wird mindestens doppelt so viel gesicherte Leistung benötigt wie von der Bundesregierung in Aussicht

gestellt. Und die Umsetzung des vorgesehenen Kapazitätsmarktes wird zu lange dauern, um rechtzeitig weitere Kapazitäten an den Markt zu bringen. Die Lücke sollte über Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen (KWK) und flexible Biogas-Anlagen gefüllt werden. Dafür muss der Bund zeitnah das KWKG anpassen und bis 2035 verlängern, um Planungssicherheit und Investitionsanreize zu schaffen.

Hinzu kommt: Die Bundesregierung lässt sich mit der Vorlage der ausgearbeiteten Strategie zu viel Zeit und verunsichert unsere Unternehmen weiterhin anstatt Planungssicherheit zu schaffen. Technologieoffenheit und ein Voranbringen der steuerbaren Quellen Bioenergie, Wasserkraft, Kraft-Wärme-Kopplung, Speicher und Power-to-X sind für eine verlässliche Energieversorgung essentiell. Nur mit Technologieoffenheit kann garantiert werden, dass bis 2030 eine ausreichend große gesicherte Kraftwerksleistung zur Verfügung steht.

Parallel dazu muss eine stimmige Förderkulisse aufgebaut werden. Um die Ansiedlung CO₂-neutraler Technologien zu unterstützen, setzen wir auf die Verringerung des bürokratischen Aufwandes und einen besseren Zugang zu europäischen Finanzmitteln. Im „Net Zero Industry Act“ der EU sehen wir eine Chance, gerade für Strukturwandelregionen heimische Netto-Null-Technologien zu etablieren oder auszubauen und damit ihren Charakter als Energieregionen zu bewahren.

Der Ausbau der klimaneutralen Energien, der Speichertechnologien und der Stromnetze auf allen Ebenen braucht einen in sich konsistenten Plan, der das ingenieurtechnisch Machbare berücksichtigt und sich von den ideologisch geprägten Konzepten der Bundesregierung löst, aufgrund derer der Ausbau den selbstgesteckten Zielen der Bundesregierung deutlich hinterherhinkt. Zur Steigerung der Akzeptanz und Beschleunigung der Planungsprozesse unterstützen wir finanzielle Beteiligungsmodelle für Bürger und Kommunen. Die über diese Modelle eingenommenen Mittel sollen den Kommunen zur freien Verfügung stehen. Eine beschränkende Zweckbindung mit komplizierten Nachweispflichten über die Verwendung lehnen wir ab. Zudem wollen wir CO₂-Abscheidungs- und Speicherungstechnologien (CCU/CCS) als wichtige Instrumente zur Vermeidung von CO₂-Emissionen erlauben und ein CO₂-Transport-Pipelinennetz schaffen.

Ohne eine intakte und an die Bedarfe angepasste Infrastruktur wird der Ausbau der erneuerbaren Energien nicht gelingen. Für Transport und Lagerung der benötigten Komponenten für Windräder, PV-Anlagen oder auch für Stromleitungen ist ein Kapazitätsausbau der See- und Binnenhäfen ebenso wichtig wie der Ausbau und die Sanierung von Straßen und Schienenwegen. Die Ausweitung der Kapazitäten ist darüber hinaus wichtig, um den nötigen zusätzlichen Energieimport von Wasserstoff und die Anlandung von LNG zu gewährleisten. Schon heute ist klar, dass die Umstellung der Wirtschaft nur über Energiepartnerschaften möglich ist.

Im Fokus unserer Bemühungen muss die internationale Wettbewerbsfähigkeit bei der Stromherstellung und unserer Strompreise stehen. Daher ist die Abgabenlast beim Strompreis sowie die Streichung der 5 Milliarden Euro für die Reduzierung der Übertragungsnetzentgelte zu überdenken und neu zu ordnen. Wir erwarten vom Bund, dass er die Energiepreise auf ein Niveau bringt, welches Unternehmen das Bestehen im internationalen Wettbewerb ermöglicht. Wir fordern daher die Senkung der Stromsteuer und die Reduzierung der Netzentgelte sowie eine langfristige Absicherung von bestehenden Entlastungsmaßnahmen, um Planungssicherheit zu schaffen. Es braucht eine effektive Unterstützung der energieintensiven Industrie in Deutschland, um den Bruch von integrierten Wertschöpfungsketten am Standort zu vermeiden.

Wir widersprechen nicht zuletzt einer politisch herbeigeführten Differenzierung in angeblich gute/neue und schlechte/alte Branchen entschieden. In einer Sozialen Marktwirtschaft entscheiden nicht Politiker oder Behördenmitarbeiter, welche Branche eine Zukunft haben darf. Das unterscheidet die Soziale Marktwirtschaft von einer Planwirtschaft. Eine nur auf Subventionierung ausgerichtete Politik ist der falsche Weg und legt langfristig die Axt an unseren wirtschaftlichen Erfolg.

Deutschland aus der Baukrise führen

Die Bauwirtschaft ist ein tragender Pfeiler unserer Konjunktur. Angesichts der dramatischen Lage auf dem Wohnungsmarkt muss entschieden gegengesteuert werden – es braucht einen starken Impuls und klare Perspektiven. Dafür ist ein Dreiklang aus steuerlichen Maßnahmen, gezielter Anreiz-Förderung und der Senkung von Bau- und Baunebenkosten nötig. Der Staat muss vom Kostentreiber des Wohnungsbaus zum Impulsgeber werden. So erhalten wir Baukapazitäten, stoppen Kapitalvernichtung sowie Fachkräfte-Abwanderung und schaffen Planungssicherheit für bezahlbares Bauen und Wohnen.

Wir wollen das Baurecht grundlegend entschlacken, weniger Standards vorschreiben sowie insbesondere Genehmigungsprozesse deutlich vereinfachen und beschleunigen mit dem Ziel, dass Baugenehmigungen innerhalb von 3 Monaten erteilt werden können. Das Instrument der Genehmigungsfiktion wollen wir weiterentwickeln, Genehmigungsfreistellungen einführen, die für Bauen und Planen zuständigen Behörden digitalisieren und auch künstliche Intelligenz an dafür geeigneten Verfahrensabschnitten im Baugenehmigungsprozess einsetzen. Auch die Verfahren zur Ausweisung von Baugebieten bzw. für Gewerbe- und Industrieflächen müssen beschleunigt werden.

Die im Koalitionsvertrag der Ampel angekündigte flexiblere Gestaltung der Grunderwerbsteuer für selbstgenutzten Wohneigentums muss endlich umgesetzt werden. Gleichzeitig muss die Wohnraumförderung der KfW auf realistische Bedingungen in Sachen Energiestandards

167 ausgerichtet werden und die Wiedereinführung des Baukindergeldes auf die Tagesordnung. So
168 können insbesondere Familien bei der Erfüllung ihres Traums von der eigenen Immobilie
169 unterstützt werden.

170 Ausdrücklich stehen wir hinter dem Grundsatz „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“, um die
171 Flächen der Landwirtschaft zu schützen und durch weniger Versiegelung von Flächen aktiven
172 Hochwasserschutz zu betreiben. Auch die wertvollen Hölzer unserer Wälder sollen genutzt
173 werden; wir stehen daher für nachhaltiges Bauen mit Holz.

174 Weil Wachstum Wege braucht gilt es zudem, die unendlich langen Realisierungszeiten bei
175 Infrastrukturvorhaben zu verkürzen. Endlose Rechtsstreitigkeiten aufgrund ausufernder
176 Klagemöglichkeiten von Interessengruppen und zu hohe technische Standards bei der Realisierung
177 bremsen uns aus. Damit sich in Sachen Infrastruktur wieder Zuversicht breitmacht, müssen wir vor
178 allem eines: schneller werden!

179 **Zuwanderung von qualifizierten Arbeits- und Fachkräften**

180 Deutschland braucht qualifizierte Arbeits- und Fachkräfte aus Europa und der Welt. Wir wollen für
181 sie ein attraktiver und lebenswerter Standort sein. Wir wollen dem Fachkräftemangel gezielt und
182 langfristig durch die gesteuerte Einwanderung von Arbeits- und Fachkräften entgegenwirken und
183 setzen auf die klare Trennung zwischen der Asilmigration und der Arbeitsmigration. Die berufliche
184 Qualifikation muss das entscheidende Kriterium für Fachkräftezuwanderung sein. Das verhindert
185 zugleich die Zuwanderung in die Sozialsysteme.

186 Vor allem im Werben um die besten Talente stehen wir im Wettbewerb mit anderen Nationen.
187 Deshalb begrüßen wir ausdrücklich professionelle Recruitings, die zum Beispiel auf einer
188 Partnerschaft aufbauen. Fach- und Nachwuchskräfte mit einer besonderen Leistungsfähigkeit
189 sollen in One-Stop-Agencies schnell und unbürokratisch eine Arbeitserlaubnis erhalten. Eine
190 besondere Chance erkennen wir in der Arbeitnehmerfreizügigkeit, die ein Grundpfeiler der
191 Europäischen Union ist. Wir denken den Arbeitsmarkt europäisch. Deutschland kann jungen
192 Menschen aus anderen EU-Ländern sowohl bei der Ausbildung als auch für ihre Berufstätigkeit
193 Chancen eröffnen, die ihnen ihr Heimatland unter Umständen nicht bieten kann. Die Partizipation
194 am Arbeitsmarkt ist zusammen mit dem Erlernen der deutschen Sprache der beste Weg für eine
195 gelingende Integration. Wir möchten den Zugang zum Arbeitsmarkt vereinfachen. Wenn sich
196 jemand bewährt, soll ihm die Chance zur Weiterqualifizierung ermöglicht werden.

197 Um Visaverfahren und die Anerkennung von Berufsabschlüssen und Qualifikationen zu
198 beschleunigen und zu vereinfachen, ohne die Anforderungen zu senken, begrüßen wir den Aufbau
199 neuer Strukturen in den Ländern, in denen die Zuwanderung von Fachkräften zentral und
200 gebündelt bearbeitet werden. Dort und in der Migrationsverwaltung überhaupt müssen digitale

201 Verfahren und modernste Technik zum Standard werden, um schnelle und effiziente Verfahren
202 garantieren zu können.

203 **Leistungsgerechtigkeit jetzt herstellen!**

204 Klar ist bei alledem auch: Leistung muss sich lohnen. Wer Leistung bringt, soll von dieser
205 profitieren. Wir brauchen in Deutschland wieder eine Kultur der Wertschätzung gegenüber
206 denjenigen, die zum Wohlstand und Zusammenhalt unseres Landes beitragen. Genau deshalb
207 wollen wir Fehlentwicklungen im Bereich des Bürgergelds zurückschrauben und zu einem System
208 des Forderns und Förderns zurückkehren. Überstunden und freiwillige Mehrarbeit im Alter müssen
209 vor diesem Hintergrund ebenso spürbar steuerlich entlastet werden wie leistungsbezogene
210 Prämien. Arbeitszeitmodelle müssen flexibler, starre Tageshöchstleistungszeiten durch flexible
211 Wochenarbeitszeit ersetzt werden.

212 **Als CDU/CSU-Fraktionen in Europa, im Bund und in den Ländern wollen wir unser Land wieder**
213 **zurück an die Spitze führen und Wohlstand in unserem Land sichern. Mit Mut, Innovationskraft**
214 **und Weltoffenheit gestalten wir gemeinsam unser Deutschland!**